Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Insertionspreis 1 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 132. — Donnerstag den 9. Juni 1921. — 80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Grumbach.

Bis 15. Juni 1921 sind die **Beiträge für die landwirtschaftliche Berufs-Genossenschaft** in den Vormittagsstunden an die hiesige Ortssteuer-Einnahme abzuführen. Nach Fristablauf erfolgt kostenpflichtige Zwangsbeitreibung.

Grumbach, am 8. Juni 1921. 4347 **Der Gemeindevorstand.**

Wegen Massenschutt

wird der Kommunikationsweg **Niederwartha—Weistropp** am 10. und 11. Juni für den Fahrverkehr **gesperrt.** Der Verkehr wird über **Wildberg** verwiesen. 4344

Niederwartha, am 7. Juni 1921. **Der Gemeindevorstand.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Regierung macht in London, Paris und Rom Vorstellungen wegen der Vorgänge in Oberschlesien.

* Die Mitglieder der Mietervereinigung im Departement Du Nord haben in Lille eine Tagesordnung angenommen, in der der Abschluß einer Lieferung von 25 000 Holzhäusern mit Deutschland verlangt wird.

* Der in London eingetroffene Vertreter Rußlands hat auf Grund des englisch-russischen Handelsvertrages in England große Bestellungen für Rußland gemacht.

* Nach den letzten Nachrichten befinden sich die Telegraphenbeamten und -Hilfsarbeiter in Italien im allgemeinen Ausstande. Der telegraphische Verkehr mit Italien ist vollständig unterbrochen.

* Die ungarische Regierung ist davon verständigt worden, daß der Botschafterrat in seiner Sitzung am 27. April die südslawische Regierung angewiesen habe, die besetzten ungarischen Gebiete nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von Trianon zu räumen.

* Die ungarische Regierung hat durch ihren Geschäftsträger in Berlin den förmlichen Antrag auf Zulassung zum Völkerbund gestellt.

Der Tod der Entente.

Hinter den Kulissen der britisch-französischen Politik muß mancherlei vorgehen, was sich bisher den Augen der Öffentlichkeit so ziemlich verschlossen hat. Wohl hörte man ab und zu von Bündnismöglichkeiten sprechen, ihre Vorzüge, ihre Bedenklichkeiten behandeln, aber die Augenblicks-Ereignisse der europäischen Politik zogen die allgemeine Aufmerksamkeit so sehr auf sich, daß kein sonderliches Interesse für diese mehr der Zukunft geltenden Dinge übrig blieb. Seitdem jedoch in der oberschlesischen Frage der französisch-englische Gegensatz immer unversöhnlicher hervortritt, drängt sich das Gerede um einen formellen Bündnisvertrag zwischen beiden Ländern immer mehr in den Vordergrund, und bald wird nun auch schon der Blinde es mit dem Stock fühlen können, daß alles auf eine Neuorientierung der Westmächte zustrebt.

Dabei geben sich Franzosen wie Engländer den Anschein, daß der Abschluß eines Bündnisses von der Gegenseite gewünscht werde, vom Standpunkt der eigenen Interessen aber sehr sorgsam überlegt werden müsse. Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily News" spricht es sogar rückhaltlos aus, daß die britische und die französische Politik heute gründlich von einander verschieden seien, daß es zwecklos sei zu behaupten, daß beide Länder dasselbe Ziel hätten, wenn es doch nicht der Fall sei. Ähnlich meint auch der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian", daß zu viele unerledigte Fragen zwischen Frankreich und England bestünden, die gelöst werden müßten, grundlegende Fragen, die das gesamte Feld der französisch-englischen Beziehungen berührten. Unmöglich würde es z. B. sein, ein Bündnis auf der Grundlage einer französischen Politik zu schließen, die auf Erdrosselung Deutschlands gerichtet sei. Aber die französische Regierung habe sich bisher standhaft geweigert, diese Frage auch nur in einer Vorkonferenz zu erörtern. Der „Daily Chronicle", dem gute Beziehungen zum Premierminister nachgesagt werden, sieht auch ein, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne. Die Notwendigkeit eines fortgesetzten Zusammenarbeitens zwischen Großbritannien und Frankreich sei nicht zu leugnen. Es klinge ganz schön, daß man sich gegenseitig freie Hand lassen und alle paar Wochen eine Konferenz des Obersten Rates abhalten solle, um entstehende Schwierigkeiten beizulegen. Aber in der Praxis führe dieses System nur zu gegenseitigen mehr oder weniger erbitterten Beschuldigungen. Und ein Fortschreiten auf dieser Bahn müsse unfehlbar zum Tode der Entente führen. Im Augenblick jedenfalls bleibe Oberschlesien das Hauptproblem, und die in dieser Frage beliebte Verschleppung ziehe ernste und nicht notwendige Gefahren nach sich. Der Pariser „Temps" hinwiederum stellt sich so, als hätte Frankreich bei einem Bündnis mit England durchaus nichts zu gewinnen. Er erinnert an die Besetzung Frankfurts, wie damals der Vertreter der englischen Regierung in Paris den Botschafterrat verlassen habe. An die Ankündigung Briands von dem beschlossenen Einmarsch ins Ruhrgebiet, wie Lloyd George sofort alles in Bewegung gesetzt habe, um dieser Drohung zuvorzukommen. Jetzt bemühe sich die neue deutsche Regierung, mit Frankreich in ein erträgliches Verhältnis zu kommen, und trotzdem spreche man von einer französisch-englischen Allianz. Man schade also den Beziehungen zu England nicht, wenn man sich bemühe, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen. Würde nicht England, wenn es ein Bündnis mit Frankreich abschließe, dessen Politik in Europa und insbesondere in Deutschland immer mit beeinflussen wollen? Sei es nicht besser, zu umfangreichen Abmachungen lieber aus dem Wege zu gehen und denjenigen Engländern, die immer von ihren Sympathien für Frankreich sprechen, zu sagen, daß sie sich ihrer bei den kommenden Entscheidungen ihrer Regierung, beispielsweise in Oberschlesien und im Orient, erinnern möchten?

So geht das Geplänkel hinüber und herüber. Wer feiner hört, kann dabei manches unterirdische Grollen vernehmen. Briand sucht sich, was Oberschlesien betrifft, durch seine bis jetzt glänzend bewährte Verschleppungspolitik zu helfen, und im Orient glaubt er sich wohl einstweilen auf den zu jedem Opfer bereiten Patriotismus der von Kemal Pascha geführten Teile des türkischen Volkes verlassen zu dürfen. Wo er jedoch eine unmittelbare Gefahr gegeben sieht, zögert er auch nicht, sofort Farbe zu bekennen. So hat er gegen einen Teil des britisch-russischen Abkommens in London einen energischen Protest überreicht, weil danach den Bolschewisten gestattet werde, nach England nicht nur Geld, sondern auch Wertpapiere auszuführen, wovon er eine Benachteiligung französischer Wertpapierbesitzer befürchtet. Den Wunsch nach Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland könne er wohl verstehen. Zuvor aber müßten die früheren Schulden Rußlands anerkannt und die räuberischen Gesetze der Räterepublik für nichtig erklärt werden. Also müsse Frankreich sich die Rechte seiner Bürger auch der britischen Regierung gegenüber in aller Form vorbehalten.

So pflegen Vorzeichen für Bündnisverträge nicht gerade auszusehen. Eher schon könnte man in Mitteilungen dieser Art die Ankündigung einer Todesbotschaft umschlossen finden, von der die Welt vielleicht über kurz oder lang überrascht werden soll. Vor zwei Jahren, als die französische Regierung noch immer nicht daran glauben mochte, daß Deutschland zusammengebrochen sei, kannte sie kein sehnlicheres Ziel, als den Abschluß eines Garantievertrages mit England und Amerika. Heute glaubt sie, eines solchen nicht mehr zu bedürfen, heute will sie es sogar darauf ankommen lassen, ihre europäische Politik auch im Gegensatz zu England durchzusetzen. Die Frage ist nur, ob England zu diesem Ausgang der gleichen Entente, wenn auch betrübten Herzens, Ja und Amen sagen würde.

Trostlose Lage in Oberschlesien.

Die Konferenzen wahrscheinlich aufgegeben.

Le Rond hat es durch seinen passiven Widerstand erreicht, daß der Widerstand der Alliierten gebrochen ist. England und Italien sprechen schon nicht mehr mit. Lloyd George sollte erst „krank" sein. Heute heißt es, er fühle sich sehr „müde", werde eine ganze Woche auf dem Lande bleiben und sich sodann nach Wales begeben, um der Hochzeit seines Sohnes beizuwohnen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß er vor dem 17. Juni nach London zurückkehren wird. Man spricht vorläufig nicht mehr von der Einberufung der interalliierten Konferenz nach Boulogne oder London.

Schiefe Ansichten in England.

Im Londoner Unterhause fragte Wedgwood, ob die Pressemeldungen, wonach englische Truppen gebraucht würden, um die deutschen Streitkräfte in Oberschlesien in Ordnung zu halten, richtig seien. Chamberlain gab zur Antwort, die alliierten Truppen in Oberschlesien ständen unter dem Befehl des französischen Oberbefehlshabers, der seine Befehle von den interalliierten Kommissaren in Oberschlesien durch die Militärabteilungen der Kommission erhalte. Es werde daher vorausgesetzt, daß die Aktion der italienischen, britischen und französischen Truppen in Oberschlesien in Übereinstimmung mit den Befehlen der Kommission erfolgen werde.

Frage und Antwort beweisen, daß beide Herren nicht wissen, was in Oberschlesien vor sich geht, oder wenigstens so tun.

Hoefer und Hennicker.

Aus Oppeln wird gemeldet: General Hoefer, der Führer des deutschen Selbstschutzes, hatte eine Unterredung mit dem Oberkommandierenden der englischen Truppen, General Hennicker. General Hennicker erklärte, er sei ausführendes Organ der Interalliierten Kommission und müsse dem deutschen Selbstschutz jedes weitere Vordringen untersagen. Ein gleiches Verbot habe er an die Führer der polnischen Insurgenten gerichtet. Sollten die Insurgenten trotz dieses Verbotes noch Angriffe unternehmen, so würden an dieser Stelle der Front englische Truppen eingesetzt werden.

Die „Times" melden aus Oppeln, daß General Hoefer in einer Unterredung mit britischen Offizieren erklärte, er verpflichte sich, nicht vorzurücken, solange die Polen sich nicht rührten. Der „Times"-Berichterstatter sagt, das sei gerade die Schwierigkeit, denn niemand — und am wenigsten der Stab der Aufständischen — könnte garantieren, daß sich die Aufständischen nicht rührten. Der Stab der polnischen Aufständischen bestehe zum größten Teil aus nicht-oberschlesischen Polen. Sie hätten das Vertrauen ihrer Leute und der örtlichen Befehlshaber verloren, die alle Krieg auf eigene Rechnung führten.

Deutsche Note.

Der deutsche Botschafter in London, Dr. Sthamer, überreichte dem englischen Außenministerium eine Note der deutschen Regierung, die auf die Note der Interalliierten Kommission vom 4. Juni an General Hoefer Bezug nimmt. In jener Note war unter Drohungen ein Zurückgehen des deutschen Selbstschutzes verlangt worden. Die deutsche Note erklärt, daß die Drohung der Alliierten weder von den Bewohnern Oberschlesiens noch von dem deutschen Volke überhaupt hingenommen werden könnte. Die Bevölkerung Oberschlesiens erwarte, daß die Ankunft der englischen Truppen sie von dem polnischen Terror befreien werde. Sollte sie sich in dieser Erwartung getäuscht sehen, so würde die Bevölkerung Akte der Verzweiflung begehen, die von schwersten Folgen begleitet wären.

Bedingungen der Polen.

Die polnischen Aufwiegler haben angeboten, sich 6 bis 10 Kilometer zurückzuziehen, aber unter folgenden Bedingungen: 1. Sofortige Einstellung des deutschen Vorrückens, 2. Zurückziehung der deutschen Truppen, 3. Aufhebung der deutschen Posten in der neutralen Zone, die unter der Kontrolle der Alliierten stehen müßte, 5. das Versprechen der Alliierten, die polnische Bevölkerung unter ihren Schutz zu nehmen. Das nennt der neue britische Kommissar „eine sichtliche Besserung in der Haltung der Insurgenten"!

Nach Nachrichten aus dem Zentralrevier ist die Lage der Industrie trostlos. Die überfüllten Halden machen eine Förderung größeren Umfanges unmöglich. Wenn auch einzelne Hütten über genügende Kohlenmengen verfügen, so ist doch infolge Rohstoffmangels in den nächsten Tagen die Stillegung großer Hüttenwerke zu erwarten.

Vom Kriegsschauplatze.

Die Insurgenten haben den Bahnhof Kattowitz besetzt. Der französische Oberst Ardisson erklärte die Insurgenten für „arbeitswillige polnische Eisenbahner", die den Bahnhof besetzt hätten, weil die deutschen Eisenbahner unfähig wären, den Verkehr aufzunehmen.

In Hindenburg haben bewaffnete Aufständische geplündert, unter ihnen befanden sich auch polnische Stadtverordnete von Hindenburg.

Die bisherige französische Besatzung der Stadt Pleß ist abgerückt. Man befürchtet eine neue Besetzung der Stadt durch die Insurgenten.

Die jetzige Front der Polen in Oberschlesien.